

1. Welche Leitziele verfolgt das Handelslehramtstudium an der Universität Oldenburg?

- Die Studierenden sollen befähigt werden auf wissenschaftlicher Grundlage professionelle **Experten** für :

Analyse Planung Organisation Gestaltung Beurteilung

von beruflichen Lehr-Lernprozessen im Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung zu werden.

- Die **Haupttätigkeitsfelder** von Lehrern sollen erlernt werden :

Unterrichten Erziehen Beurteilen Beraten Innovieren
Mitwirken Verwalten Selbstfortbildung.

- **Schlüsselqualifikationen** sollen vermittelt werden :

Fach- Sozial- Wert-
ökologische politische Selbst- **kompetenz.**

- Es soll **selbstreflexives berufspädagogisches Expertenwissen** aufgebaut werden.

2. Was ist berufliche Bildung?

Nach § 1 BiBG: die berufl. **Erstausbildung**, berufl. **Fortbildung**, berufl. **Umschulung** .

3. Nennen sie die Anzahl der staatlich anerkannten Ausbildungsberufe.

357 Stand 2003 lt. BiBB.

4. Welches Bundesland trägt momentan den Vorsitz der KMK?

Rheinland- Pfalz Staatsministerin **Doris Ahnen** (SPD) seit **14.01.2004**.

5. Nennen sie die Zuständigen Stellen für die Ausbildung in Betrieb und Schule.

Berufsschule und betriebliche Berufsausbildung sind eng miteinander verknüpft.

Schule :

- a) **KMK** (Kultusministerkonferenz) stellt Rahmenpläne auf.
- b) **Landesregierung** und der Landes- **Kultusminister** stellen die Lehrpläne auf.

Berufsausbildung im **Betrieb :**

- a) **BMBF** Bundesministerium für Bildung und Forschung
- b) **BMfW** Bundesministerium für Wirtschaft.
- c) **BiBB** (Bundesinstitut für Berufsbildung)
erlassen Ausbildungsordnungen.
- c) **IHK** (.... -Kammern)
- d) **Jugendvertretung BR** (des Betriebsrates)
sind für die betriebliche Ausbildung zuständig.

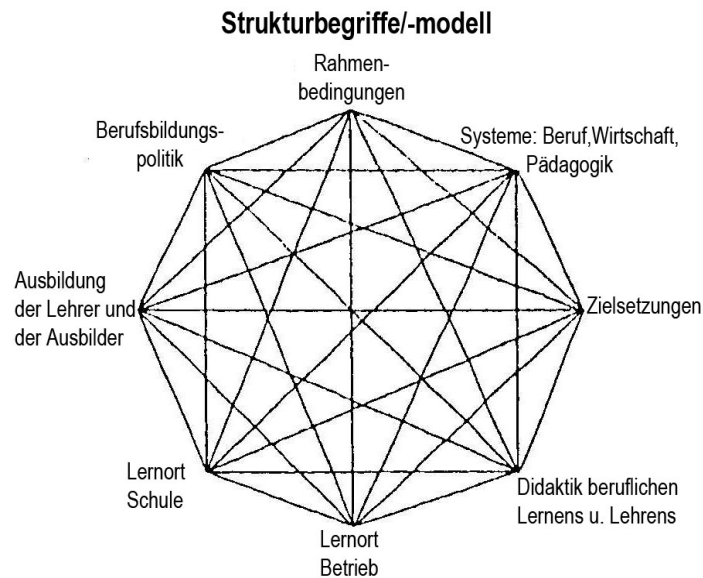
6. Struktur Berufs- und Wirtschaftspädagogik im Überblick :

Strukturbegriff = vermittelt einen Überblick über ausgewählte Teilgebiete der BWP.

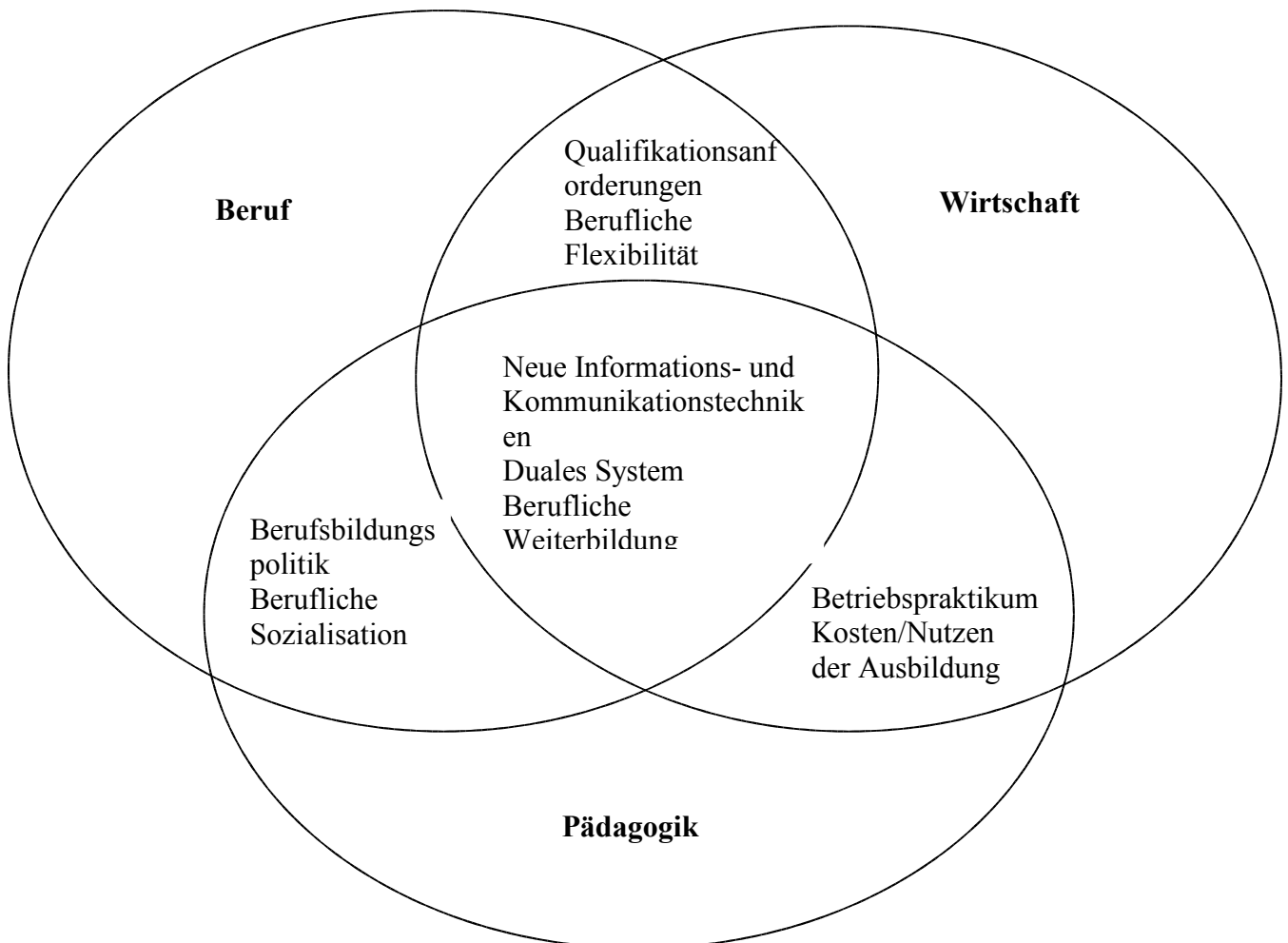
- Einordnung in zwei Ebenen :

- Begriffe die sich auf Objekte der BWP beziehen
- Begriffe die sich mit dem wissenschaftlichen Selbstverständnis befassen.

Strukturmodell = Verknüpfung/Vernetzung der Strukturbegriffe aus systemischer Sicht.



7. Systemzusammenhang zwischen Beruf, Wirtschaft und Pädagogik



8. Berufsbildungspolitik

- ➡ Politik = **Einflussnahme** auf Entscheidungen und Handlungen anderer Akteure.
- ➡ Bildungspolitik = **Politik, die Berufsbildung** an ihren Lehr- und Lernorten sowie an über-
geordneten Institutionen **betrifft**.
- ☛ **rechtlicher Dualismus** = Bundeskompetenz für Ausbildung in Betrieben
Landeskompetenz für Ausbildung in Berufsschule
- ☛ Nähe zu **Wirtschafts- u. Arbeitsmarktpolitik**.
- ☛ **Einflußgruppen** = Arbeitnehmer- u. Arbeitgeberorganisationen.
- ☛ Vergleichbarkeit von Abschlüssen // **Bedarf der Betriebe**.
- ☛ **Vielfalt** relevanter Institutionen.

A) Bundesebene

- > Parlament := Gesetzgebung.
- > Regierung := Gesetzanwendung.
- > Behörden := Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB), BMfW, BMWF.
- > AG-Org.: Industrie- u. Handelskammertag, Dt. Handwerkskammertag,
- > AN-Org.: Gewerkschaftsbund, ...
- > KMK = := Stellungnahmen zur Gestaltung BBS, Rahmenlehrpläne.

B) Landesebene

- > Kultusministerien (Lehrpläne).

9. Nennen Sie die 10 Schritte, welche das idealtypische Neuordnungsverfahren in der dualen Berufsausbildung darstellen.

1. Sozialparteien stellen **Bedarf** fest, verabreden **Eckpunkte**, führen **Antragsgespräch**.
2. Bundesregierung beauftragt BiBB mit **Neuordnungsverfahren**.
3. KMK setzt eine **Rahmenlehrplankommission** ein.
4. Bund und Länder einigen sich auf **neue Ausbildungsordnung** sowie KMK-**Rahmenlehrplan**.
5. Bundesregierung (BMWi, BMBF, Fachministerium) setzt neue Verordnung in **Kraft**.
6. Länder übernehmen KMK-Rahmenlehrplan oder erstellen eigenen **Landeslehrplan**.
7. Schulträger und Bezirksregierung entscheiden über **Ausbildungsstandorte**.
8. Berufsbildende Schule „übersetzt“ den KMK-Rahmenlehrplan in **schuleigene Planungen**.
9. Berufsbildende Schule bemüht sich um **Fortbildungsangebote**.
10. Der Unterricht beginnt nach dem Prinzip „**trial and error**“.

10. Was versteht man unter Konsensprinzip?

= wesentliches Merkmal der BB in Deutschland : wichtige strukturelle und inhaltliche Festlegungen nur durch **gemeinsamen Entscheid** durch :

Länder

AG-Verbände

AN-Verbände

in Bundesrat sowie Bund-Länder-Komision für Bildung sowie Wissenschaftsrat.

Die **Abstimmung zwischen Schule und Betrieb** erfolgt im **Koordinierungsausschuss** von Bund und Ländern.

11. Was verstehen wir unter einem „sozialen System“? Nennen sie 4 Beispiele.

- Wenn Menschen soziale **Netzwerke durch Interaktion** (Kommunikation und Handlung) bilden, nennen wir dies ein Soziales System.
Es werden **Grenzen** gezogen und so gezeigt, was zum System gehört und was nicht.
Systemspezifische Sprache, Kommunikation und Handlung unterscheiden das System von anderen Systemen.
Wenn Mitglieder des Systems versuchen es zu verlassen kommt es zu **Sanktionen**.

- Nenne 4 Beispiele aus dem Alltag:
 1. Eine Vorlesung in BWP
 2. Die Fachschaft der Handelslehrer
 3. Süditalienische Mafia
 4. Produktionsteam.

12. Umschreiben sie das Konzept „berufliche Handlungsfähigkeit“.

Berufliche Handlungsfähigkeit kann umschrieben werden mit:

- **Sachkompetenz:** Erwerb berufsrelevanten Wissens.
- **Methodenkompetenz:** Fähigkeit, berufsrelevantes Wissen im praktischen Handeln überprüfen und berufliche Praxis beschreiben und erklären zu können.
- **Gestaltungskompetenz:** Fähigkeit, an der Gestaltung beruflicher Praxis kompetent nach fachlichen und moralisch / ethischen Leitvorstellungen mitzuwirken.
- **moralischer Kompetenz:** Entwickeln eigener Wertvorstellungen, Orientierung beruflichen Handelns und Gestaltens an gemeinsamen Wertvorstellungen. Solidarität mit anderen, aber auch Kritikfähigkeit.
- **Sozialkompetenz:** Entwicklung von beruflichem Selbstbewußtsein und Ich-Identität, Förderung von Sprache und Kommunikation.
- **Abstraktionsfähigkeit:** Entwickeln sprachlicher Verallgemeinerungen, Fähigkeit zu präziser sprachlicher Verständigung mit anderen.

13. Nennen Sie die Aufgabenfelder im System Beruf?

Aufgabenfelder :	Kommunikationsthemen:
Arbeitsmarkt und Berufsforschung	Veränderung in den Berufen; neue Berufe
Berufsberatung	Lenkung der Berufswahl Berufsinformation
Gestaltung von Berufen u. Zuordnung zu Berufsfeldern	Entwicklung von Berufsbildern (Fähigkeiten, Fertigkeiten, Aufgaben)
Curricular-didaktische Transformation von Berufsbildern	Entwicklung beruflicher Handlungsfelder
Berufliche Sozialisation und soziale Integration	Entwicklung von Maßnahmen zur sozialen Eingliederung durch Arbeit und Beruf

14. Nennen Sie die 16 Berufsfelder in denen eine Ausbildung möglich ist!

- | | |
|---------------------------------|-----------------------------------|
| 1. Wirtschaft und Verwaltung | 9. Farbtechnik und Raumgestaltung |
| 2. Metalltechnik | 10. Gesundheit |
| 3. Elektrotechnik | 11. Körperpflege |
| 4. Bautechnik | 12. Ernährung und Hauswirtschaft |
| 5. Holztechnik | 13. Agrarwirtschaft |
| 6. Textiltechnik und Bekleidung | 14. Sozialpädagogik |
| 7. Chemie, Physik und Biologie | 15. Gestaltungstechnik |
| 8. Drucktechnik | 16. Pflege |

15. Welchen Nutzen hat die Berufsausbildung ?
--

Für Betriebe :

- Produktive Leistung der Auszubildenden.
- Erleichterung von Personalplanung- und Auswahl. Geringeres Risiko bei Pers.entscheidungen.
- Imageverbesserung.
- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Ausbildungsbetriebe (neue Ideen, Sichtweisen).
- Im Betrieb ausgebildete AN haben oft bessere Kenntnisse der Prozesse und Strukturen.
- Ausbildung auch Investition (verringert zukünftig die Kosten für Personalsuche, Einarbeitung).

für Azubi :

- In Verbindung mit betrieblicher Weiterbildung verringert sich das Risiko der Arbeitslosigkeit
- Marktwert = potentiell künftiges Lohnniveau steigt.

Wandel :

- **Gewichtverlagerung** von Erstausbildung zu **betr. Weiterbildung**, da K ↓ und Flexibilität ↑ .
- **Europäische Freizügigkeit => Konkurrenz der Bildungssysteme.**
- Komplexität der benötigten Kompetenzen ↑ => **individuelle, betr.orientierte Kompetenzen.**
- ↳ **muß Weiterbildung + Praxis anbieten => individuelle Module + HO => Schulautonomie .**

16. Unterscheiden sie 3 verschiedene Schulformen nach Eingangsvoraussetzungen, zu erreichenden Abschluß und einer kurzen Beschreibung der Schulform.

Schulform	Berufsoberschule	Fachoberschule	Fachgymnasium
Eingangsvoraussetzung	Fachhochschulreife FHS	Realschulabschluss RS	Realschulabschluss RS
Abschluss = Hochschulreife	allgemeine oder fachgebundene	fachgebundene	allgemeine
Beschreibung	fachgebundene Hochschulreife 1 Jahr. oder allgem. Hochschulreife nach Berufsausbildung. + 1 Jahr.	Nach einer Berufsausbildung nach : 1 Jahr. Mit betrieblichem Praktikum nach : 2 Jahren.	3 Jahre.

Die Berufsfachschule gibt es in 5 Arten und ist aus diesem Grund nicht für einen Vergleich geeignet.

17. Ziele BWP :

Ziele im Bereich Bildung sind meist normative Ziele. Diese sind wissenschaftlich nicht begründbar und daher Aufgabe der Politik und nicht der Wissenschaft. Die Ziele der BWP werden also extern vorgegeben.

Diese Ziele und Zielsysteme können dann wissenschaftlich untersucht werden. Ergebnis sind :

- Beschreibung
- Systematisierung
- Voraussetzungen zur Zielerreichung
- Zielantinomien
- Folgen der Zielerreichung.

Als Beschränkung der Auseinandersetzung mit Zielen gilt bei Frau Rebmann der Konstruktivismus. Es wird angenommen, daß Zielsetzungen immer auf Wertentscheidungen beruhen – Werte sind aber normativ - und grundsätzlich nicht objektiv überprüfbar.

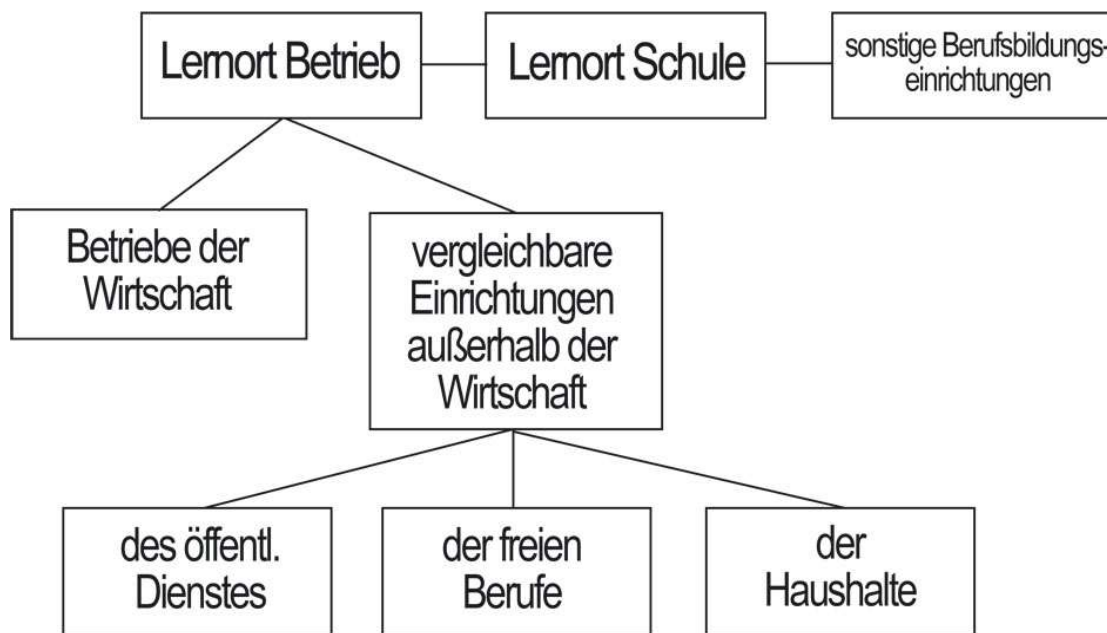
Aus diesem Grundsatz werden Kernaussagen für nicht von der Politik vorgegebene Ziele der BWP abgeleitet :

- 1) „Alles Gesagte ist von jemandem gesagt“
- der Ziele hat und damit nicht objektiv ist.
- 2) „Jedes Tun ist Erkennen, und jedes Erkennen ist Tun“.
D.h. es wird eine Bindung von Tun und Erkennen an Ziele vorausgesetzt.

Zielsetzung, zielorientiertes Handeln und Erkenntnisgewinn gehören hier untrennbar zusammen.

Wissenschaft kann so jedoch schnell zum Erfüllungsgehilfen der Politik werden. Daher muß BWP auch selbständig Ziele und Zielsysteme untersuchen – und in Frage stellen, wenn objektive Kriterien dies nahelegen. BWP kann durch Analyse möglicher Ziele und Handlungsalternativen zur Objektivierung von Bildung und Bildungspolitik beitragen.

18. Stellen sie die Lernorte der Berufsbildung graphisch dar!



Sonstige Berufsbildungseinrichtungen:

Produktionsschule

Berufsförderungswerk

Berufsbildungswerke

Berufsbildungswerke= außerbetriebliche und überregionale Einrichtungen zur beruflichen Erstausbildung von Jugendlichen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung Einschränkungen hinsichtlich ihrer Berufstätigkeit hinnehmen müssen und keinen Ausbildungsplatz in einem Betrieb erhalten haben.

19. Nenne Sie die Merkmale und die Grundbestandteile eines Schulprogramms.

Bestandteile eines Schulprogramms:

- ① **Bestandsaufnahmen** (Stärken-Schwächen-Analyse der Ziele der Schule)
- ② spezifische **Unterrichts- u. Erziehungsaufgaben.**
(Unterricht und Erziehung, Schulleben, Organisation und Kommunikation)
- ③ **konkreten Maßnahmen** und Arbeitsvorhaben.
- ④ **Kriterien für die Messung der Zielerreichung** festlegen.

Merkmale eines Schulprogramms:

- > **pädagogische Grundhaltung** der Schule.
- > klare **Zielvorstellungen.**
- > **Maßnahmen** zur Zielerreichung, entwirft einen **Zeitplan**, benennt **Verantwortliche** für die Umsetzung und weist **Ressourcen** zu.
- > **Schwerpunkte** in Unterricht, Schulleben, Organisation und Kommunikation sowie **Kooperation** mit den Partnern des dualen Systems.
berücksichtigt curriculare und **sonstige Rahmenvorgaben** und schulinterne Absprachen.
- > Das Schulprogramm enthält Aussagen über die Durchführung der internen **Evaluation.**
- > alle schulischen Gruppen werden bei Erarbeitung angemessen einbezogen.
Stakeholder-Ansatz.

Entwicklungsschwerpunkte

a) Unterricht und Erziehung:

gestalten von :

- besonderer **Arbeits- und Unterrichtsformen**
- **Lernbereichen** und **Aufgabengebieten**
- besonderen **Unterrichtsschwerpunkten**
- besonderer Formen der **Leistungsüberprüfung** und der **-bewertung**
- zeitlichem und organisatorischem **Rahmen**
- besonderen **Förderungsmöglichkeiten**
- **Kooperationen** mit anderen Schulen
- Kooperation mit außerschulischen Einrichtungen und Personen

b) Schulleben

gestalten von :

- besonderen **Hilfs- oder Beratungsangeboten**
- Mitwirkungs- und **Beteiligungsmöglichkeiten** von Schülern, Eltern und Betrieben
- Regeln im **Umgang** miteinander
- **Schulgelände**, Gebäuden und Klassenräumen

c) Organisation und Kommunikation (innerer Organisation, schulinterne Kommunikation)

-

20. Beschreiben Sie die Funktion der Schulprogramme als Instrument der inneren Schulentwicklung

1. **Schwachstellen** entdecken, gemeinsame Praxis kontinuierlich weiterentwickeln (**KVP**).
2. **Arbeitsabläufe und Entscheidungsstrukturen** offenlegen, überprüfen und optimieren.
3. **Pädagogische Schwerpunkte** systematisch herausarbeiten und begründen.
4. Innerschulische **Verständigungsprozesse** anregen und verbessern.
5. Einzelne Maßnahmen der **Schule im Ganzen** begreifen.
6. **Kooperation** stimulieren.
7. **Gestaltungsmöglichkeiten** für alle Schulbeteiligten schaffen.
8. **Innovationsprozesse** initiieren und organisieren.
9. **Verbindlichkeit** von Regeln, Absprachen und Initiativen erhöhen.
10. Erfolg und Mißerfolg von Maßnahmen mit offen gelegten Kriterien **evaluieren**.

Reformen können nicht top-down gesteuert werden. Daher müssen Reformen von Schulen ausgehen.
⇒ Schulautonomie wird notwendig => Schulprogramme werden notwendig <=> regionale Erfordern..

21. Nennen Sie Probleme und kritische Aspekte eines Schulprogramms

- **Rahmenbedingungen** für die Umsetzung sind **nicht gegeben** (Stundenplan zu starr, Klassengrößen nicht optimal, zu wenig Gruppenarbeitsräume, Budgetknappheit)
- **Motivationsprobleme** (Schüler und Lehrer zu motivieren)
- Fehlende **Konsequenz** und Schwierigkeiten bei der Evaluation (Nur leicht zu erreichende Ziele werden aufgenommen = „weiche Pläne“, mangelnde Akzeptanz der Evaluation durch die Lehrer)
- Schulprogramme könnten zu **Werbemaßnahmen** verkommen (zu positive Darstellung / negative Aspekte bleiben unberücksichtigt).
- Die Schulaufsicht könnte das Schulprogramm als Anlaß verstärkter **Kontrollen** nutzen. **Genehmigungen nur unter Vorbehalt.**
- Das Duale System hat historische Gräben, die ein konstruktives Miteinander behindern
- Beteiligung verschiedener **Interessengruppen** birgt die Gefahr, daß unterschiedliche Ziele verfolgt werden

22. Nennen Sie 10 Konzepte des schulischen bzw. betrieblichen Lernens (Lehr-Lehrnarrangements)

- | | | |
|---|------------------------|-----------------------|
| > Lerninseln | > Leittextmethode | > Lernbüro |
| > Wirtschaft-live-Projekt, | > Juniorfirma | > Fallstudie |
| > E-Learning | > Betriebserkundung | > Übungsfirma |
| > Qualitätszirkel | > Ausbildungswerkstatt | > Rollenspiel |
| > Experiment | | > Planspiel |
| > Vier-Stufen-Methode // Sechs-Stufen-Methode | | = Simulationskonzepte |
| > Anchored-Instruction-Ansatz | | |
| > Lern- und Arbeitsaufgaben | | |

23. Nenne 3 wichtige Daten der Entwicklung der Berufsschule :

1920 erste Berufsschule.

1938 Berufsschulpflicht eingeführt.

1950 Berufsschule + **Duales System.**

24. Seit wann gilt die neue Ausbildereignungsverordnung?

01.03.1999, ausgesetzt bis 31. Juli 2008.

25. Nennen sie die 7 Handlungsfelder des § 2 AEVO, in denen Lehrer/-innen bzw. Ausbilder ihre Eignung nachweisen müssen! Beschreiben sie eins näher!

- 1. Allgemeine Grundlagen**
 - Gründe für die betriebliche Ausbildung
 - Einflußgrößen auf die Ausbildung
 - rechtliche Rahmenbedingungen der Ausbildung
 - Beteiligte und Mitwirkende an der Ausbildung
 - Anforderungen an die Eignung der Ausbilder
- 2. Planung der Ausbildung**
 - Ausbildungsberufe
 - Eignung des Ausbildungsbetriebs
 - Organisation der Ausbildung
 - Abstimmung mit der Berufsschule
 - Ausbildungsplan
 - Beurteilungssystem
- 3. Mitwirkung bei der Einstellung von Auszubildenden**
 - Auswahlkriterien
 - Einstellung, Ausbildungsvertrag
 - Eintragungen und Anmeldungen
 - Planen der Einführung
 - Planen des Ablaufs der Probezeit
- 4. Ausbildung am Arbeitsplatz**
 - Auswählen der Arbeitsplätze und Aufbereiten der Aufgabenstellung
 - Vorbereiten der Arbeitsorganisation
 - Praktische Anleitung
 - Fördern aktiven Lernens
 - Fördern von Handlungskompetenz
 - Lernerfolgskontrollen
 - Beurteilungsgespräche
- 5. Förderung des Lernprozesses**
 - Anleiten zu Lern- und Arbeitstechniken
 - Sichern von Lernerfolgen
 - Auswerten der Zwischenprüfungen
 - Umgang mit Lernschwierigkeiten und Verhaltensauffälligkeiten
 - berücksichtigen kultureller Unterschiede bei der Ausbildung
 - Kooperation mit externen Stellen
- 6. Ausbildung in der Gruppe**
 - Kurzvorträge
 - Lehrgespräche
 - Moderation
 - Auswahl und Einsatz von Medien
 - Lernen in Gruppen
 - Ausbildung in Teams

7. **Ausbildung beenden**
- Auf Prüfungen vorbereiten
 - Anmelden zur Prüfung
 - Erstellen von Zeugnissen
 - Abschluss und Verlängerung der Ausbildung
 - Fortbildungsmöglichkeiten
 - Mitwirkung an Prüfungen

26. Skizzieren sie die Grundstruktur des KMK-Lehrerbildungsmodells!
--

A) Lehrerausbildung

- 1. Erste Phase: Universitäres Studium** (als Simultanmodell), Theori-Wiss.-Orientierung
mit Abschluß der Ersten Staatsprüfung
- > **Erziehungswissenschaftliche** Studien (Berufs- und Wirtschaftspädagogik)
 - > **Fachwissenschaftliche Studien** (berufliche Fachrichtung) \ *Zweifächer-*
 - > Studien eines **Zweifaches** / *Prinzip*
 - > **Fachdidaktische** Studien
 - > **Schulpraktische Studien** (Schulpraktika)
 - > **Fachpraktische Ausbildung/** betriebliche Berufspraktika (vor, während, nach dem Studium).
- 2. Zweite Phase: Vorbereitungsdienst** (Referendariat), Praxis-HO-Orientierung
mit Abschluß der Zweiten Staatsprüfung
- > auf wissenschaftlichen Studien basierende **schulpraktische Ausbildung**,
 - > in begrenztem Maße **selbständiger Unterricht** => Förderung berufl. Handlungskompetenz.
 - > Erwerb der „**Lehramtsbefähigung**“ mit dem Bestehen der **Zweiten Staatsprüfung**.

B) Als 3. Phase kann die kontinuierliche Weiterbildung der Lehrer gelten.

- 3. Dritte Phase: Kontinuierliche Weiterbildung**
zur Sicherung und Aktualisierung, Erweiterung und **Vertiefung von vorhandenen**
und dem **Erwerb zusätzlicher Qualifikationen**.

27. Maßnahmen zur Professionalisierung der Lehrerausbildung
--

Aktuelle Entwicklungen bei Lehrerausbildung und ihrer Professionalisierung :

Polyvalenz

man ist bei dem Studiengang Handelslehramt nicht auf eine spätere Tätigkeit als Lehrer beschränkt. Ein **Einsatz in vielen verschiedenen Tätigkeitsfeldern** wie Weiterbildung, Personalführung usw. ist durch die Vielfalt der möglichen wissenschaftlichen Fachausbildungen in Verbindung mit Pädagogik möglich. Hieraus ergibt sich die Polyvalenz des Studienganges.

Unzureichender Praxisbezug

- Vermeintlich überzogene Wissenschaftsorientierung, soll durch eine Verlagerung an **Fachhochschulen ausgeglichen werden.**
- Einführung von **Bachelor- und Masterstudiengängen.**
- **Fachwissenschaft, Fachdidaktik und Erziehungswissenschaft**
- **Sondermaßnahmen zur Deckung des quantitativ unzureichenden Lehrerversorgung:**
Z.B.: Beispiel die Einstellung von Quereinsteigern zur kurzfristigen Deckung des Bedarfs im Fach Informatik.
- **Entwicklung eines Kerncurriculums.**
- Möglichkeit Berufsausbildung als Voraussetzung für HdL. Zu fordern.

28. Beschreiben Sie die Funktion der KMK und deren Aufgaben
--

Die Länder sorgen durch **Selbstkoordination** für das notwendige Maß an Gemeinsamkeit in Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Ziel : Durch Konsens und Kooperation in ganz Deutschland für die :
Lernenden, Studierenden, Lehrenden und wiss. Tätigen
das erreichbare Höchstmaß an **Mobilität** sichern :

- = Übereinstimmung oder **Vergleichbarkeit** von
Zeugnissen und Abschlüssen vereinbaren.
- = Sicherung von **Qualitätsstandards** in :
Schule, Berufsbildung und Hochschule.
- = **Kooperation** von Einrichtungen der Bildung, Wiss. und Kultur fördern.

Die Koordination erfolgt in der Regel durch Empfehlungen, Vereinbarungen / Staatsabkommen.

Im Sinne von mehr **Toleranz und Vielfalt** im Bildungswesen soll auf Detailregelungen verzichtet werden. Das gemeinsam vereinbarte Niveau muß **Experimente und Innovationen** zulassen.

- **Vertretung** der Länder gegenüber dem Bund und der Europäischen Union.
- Gemeinsame Darstellung der Länder bei Bildung, Wiss. und Kultur.

Instrument partnerschaftlicher Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund :

- in der auswärtigen Kulturpolitik, **internat. und europ. Bildungswesen**
- in kulturellen Angelegenheiten
- berufliche Bildung : **Regelung der Ausbildung in den Betrieben.**

29. In welchem Jahr wurde das Berufsbildungsgesetz erlassen?

Berufsbildungsgesetz (BBiG) von 1969 : Qualifikation der Ausbilder.

Spezifizierung **1972** in der **AEVO** + konkretisiert im Rahmenplan **1992**.
(1999 neu)

30. Das betriebliche Ausbildungspersonal gliedert sich in verschiedene Hierarchiestufen. Nennen Sie diese :

- Ausbildungsleiter : Org. der Ausbildung, Vertretung nach Aussen.
- Ausbilder : erfüllt fachl. u. persönl. Voraussetzung § 20 BbiG, § 2 AEVO.
- Ausbildende Fachkräfte : Fachmann, aber keine Nachweise.
- # Nebenamtliche Ausbilder : erfüllen § 2 AEVO. Bilden nebenamtlich aus.
- # Ausbildender nach § 3 BBiG = jeder der Azubis einstellt (Betriebseigentümer).

Das BBiG schreibt in § 22 lediglich ein angemessenes Verhältnis zwischen Auszubildenden und Ausbildern vor.

31. Was sind Lernfelder und wann wurden sie eingeführt?

Lernfelder = durch Zielformulierungen, Inhalte und Zeitrichtwerte beschriebene **thematische Einheiten**, die an beruflichen Aufgabenstellungen und **an Handlungsabläufen orientiert** sind.

Z. B.: Konten führen oder Auslandsgeschäfte abwickeln.

seit **1996 an BBS**.

32. Definition BWP

Verknüpfung der Systeme Beruf und Wirtschaft durch Pädagogik und Didaktik

- in den Bereichen : Wirtschaftlichkeit Berufliche Sozialisation Selbstbestimmung,
Berufliche Mobilität Persönlichkeitsentwicklung.

33. Nennen Sie die wesentlichen Modelle der beruflichen Bildung :

a) Finanzierung

Schulmodell = voll über öff. HH.

Privatwi. = voll über die Wirtschaft oder die Bildungsnachfrager.

Duales System = Betriebe und öff. Hände.

b) Organisationsform

Marktmodell = Steuerung von Ausbildungsangebot und -Nachfrage über freien Markt.

Schulmodell = Dominanz öffentlicher beruflicher Schulen.

Mischform = aus Markt- u. Schulmodell wie im Dualen System.

34. Beschreiben Sie das Marktmodell

Es weist Züge der neoklassischen und neoliberalen Bildungsökonomie auf :

- Ausgleich von Ausbildungsangebot und –nachfrage über den **Marktmechanismus**
- Abstimmung der beruflichen Bildung auf langfristig zu erwartende Verwendungssituationen
- Planung, Organisation und Bewertung von beruflicher Bildung durch Abnehmer (Azubis, Betr.).
- Abnehmer = **Betriebe finanzieren** Berufsbildung nach bildungsökonom. Gesichtspunkten.
- **Konkurrenz** von staatlichen und privaten Bildungsträgern
- Beschränkung des staatlichen Einflusses auf die Förderung von **Wettbewerb** und die Verhinderung von Wettbewerbsbeschränkungen in der beruflichen Bildung.

35. Beschreiben Sie das Wirtschaft-live-Projekt „Laden“ aus Leer in Stichpunkten!

- Projekt : **seit 1994** .
- Grund : **Mangel an Praktikumsplätzen.**
- Vorbild : vergleichbares **Projekt in Gronigen** (Holland)
- Wer : Klasse der einjährigen **Berufsfachschule Wirtschaft und Verwaltung**
- Aufbau : 8 Abteilungen: Finanzierung Organisation Personal Einkauf Verkauf
Marketing Auslandsmanagement GF.
- Waren : **Geschenkartikel, Süßigkeiten , Kleidung.**
- Das Projekt wird **jedes Jahr komplett neu** durchgeführt.
- Der Laden hat jedes Jahr **6-8 Wochen** geöffnet.

36. Beschreiben Sie die Ausbildungsplatzangabe und nennen sie 4 Gründe dafür!

= Art Steuer (Abgabe – da keine Gegenleistung), die Betriebe zahlen müssen, wenn sie keine Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

Gründe für eine Ausbildungsplatzabgabe :

- + **Umverteilung** der Ausbildungskosten, da Ausbildungsbetriebe die Kosten der Ausbildung allein tragen, die Erträge ihnen aber nicht voll zufließen. Nichtausbildende Betrieben, sparen Kosten wenn die ausgebildeten Fachkräfte von ihnen abgeworben werden.
- + **Steuerungsinstrument** für die Sicherung des Angebotes an Ausbildungsplätzen.
- + **regional und fachlich** breites Angebot an Ausbildungsplätzen sichern.
- + Ausbildungsangebots in **KMU** und großen Betrieben sichern.
- + **Soziale Verantwortung** der Betriebe.

Gründe die gegen eine Ausbildungsplatzabgabe sprechen:

- ggf. Trend zu fondfinanzierter Ausbildung vorwiegend in **außerbetrieblichen Einrichtungen**.
- hoher **Verwaltungsaufwand** = hohe Kosten.
- **Marktmechanismus** (A/N) würden weitgehend **außer Kraft** gesetzt.
- Auch Betriebe die **keine (geeigneten) Bewerber** finden oder aufgrund ihrer Größe oder ihres Spezialisierungsgrades nicht ausbilden können müßten die Abgabe zahlen.
- Kann zu **qualitativ schlechterer Ausbildung** führen, wenn Betriebe nur ausbilden um die Abgabe nicht zahlen zu müssen

Viel Erfolg : Sven, Michael, Markus.